

Bezugspreis:

Wochenpreis:
für Bad Ems 3 M.
bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühren)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emscher Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amthlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen:

Die einpaltige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Reklamzeile 75 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Ems, Römerstr. 95.

Herrnprecher Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Paul Lange, Bad Ems

Nr. 14

Bad Ems, Freitag den 17. Januar 1919.

71. Jahrgang.

Gefellum-Nachrichten.**Das Ultimatum an Serbien.**

Bern, 16. Jan. Unter der Überschrift: „Der Ursprung des Krieges“ wird folgende Meldung veröffentlicht: Der Staatssekretär des Auswärtigen von Deutschland, Dr. Bauer, gab am 14. Januar interessante Erklärungen über den Ursprung des Ultimatum an Serbien. Er gab diese Erklärungen in einer in Wien abgehaltenen Sozialistenversammlung. Danach gab es verschiedene Fassungen dieses Ultimatum. Die ersten sechs Redaktionen wurden nicht für energiegelich genug befunden. Die siebente war die schärfste. Nach Otto Bauer sind die vier für das Ultimatum an Serbien verantwortlichen Personen: Graf Berchtold, Graf Tisza, Graf Fisa und der Chef des Generalstabes Konrad von Hötzendorf.

Die neue Großherzogin von Luxemburg.

Luxemburg, 16. Jan. Nach einer erregten Auseinandersetzung hat die luxemburgische Kammer mit 30 Stimmen gegen 10 die Rückkehr zur alten Staatsform beschlossen und hat den großherzoglichen Thron der Prinzessin Charlotte Aldegunde, Schwester der bisherigen Großherzogin Elisabeth, angeboten. Die Eidesleistung hat Dienstag nachmittag stattgefunden. Die luxemburgische Regierung hat der französischen die Thronbesteigung durch Prinzessin Charlotte notifiziert.

Der Wahlsieg der Bürgerlichen in Bayern.

München, 15. Jan. Die einstweiligen Wahlergebnisse liegen nunmehr aus sämtlichen 191 rechtsrheinischen Bezirksverwaltungsbehörden vor. Nach unbedingter Berechnung ergeben sich hiernach für die einzelnen Parteien für das rechtsrheinische Bayern die folgenden Zahlen von Sitzen im Landtag:

Bayerische Volkspartei (Zentrum) 52 und 6 (Frauen?), Landtagsabgeordnete 58.
Sozialdemokratische Partei 46 u. 5 (Frauen?), Landtagsabgeordnete 51.
Deutsche Volkspartei 20 und 2 (Frauen?), Landtagsabgeordnete 22.
Bayerischer Bauernbund 15 und 2 (Frauen?), Landtagsabgeordnete 17.
Nationalliberale und bayerische Mittelpartei, 5 und 0, Landtagsabgeordnete 5.
Unabhängige Sozialdemokratie 3 und 0, Landtagsabgeordnete 3.

Hierzu kommen noch 22 und 2 (Frauen?) gleich 24 Landtagsabgeordnete für den Wahlbezirk Pfalz, in dem die Wahlen am 2. Februar stattfinden werden.

Es stehen sich danach gegenüber 102 bürgerliche Stimmen und 54 sozialdemokratische. Am Sieg der bürgerlichen Parteien vermag also selbst der ungünstige Wahlausfall in der Pfalz nichts mehr zu ändern.

Die Vorgänge in Berlin.

Berlin, 14. Jan. In der Nacht auf Dienstag entwickelten sich Gesechte. Es handelte sich um Schießereien im Gebiete der Friedrichstraße. Wolffe Telegraphenbureau lag von 5 Uhr ab im paratistischen Feuer. Die Zeitungshändler Woffe, Scherl und Ullrich wurden in den Verleumdungszustand gesetzt. Am Velle-Alliance-Platz gab es ein regelrechtes Gesecht, und es hatte den Anschein, als sollte der Vorwärts wieder etatmäßig gestürzt werden. Am Anhalter Bahnhof und im Zeitungsquartier dauerte die Schießerei bis in die Morgenstunden. Es wird jetzt in der Berliner Presse aufgefodert, die Dackbuden zu beobachten, da die Spartakisten von dort aus den Krieg führen wollen.

Die Sensation des Tages bildet ein Verdict des Reichsgerichts, der am 6. Januar abgefaßt und unterzeichnet worden ist vom „Revolutionsauschuss“, nämlich von Liebknecht, Ledebour und Scholze. Die Erklärung lautet:

„Kameraden, Arbeiter! Die Regierung Obrt-Scheide-mann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem kaiserlich-revolutionären Ausschuss, der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (unabhängige sozialdemokratische Partei) für abgelehnt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsauschuss hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Kameraden! Arbeiter! Schließt euch den Maßnahmen des Revolutionsauschusses an. Berlin, den 6. Januar 1919. Der Revolutionsauschuss. A. Liebknecht, Ledebour, Scholze.“

Berlin, 15. Jan. Der Oberbefehlshaber Moske veröffentlicht einen Aufruf an die Bewohner Berlins, in welchem er ankündigt, daß her geistigen Befehl des Stabschefes Moske heute in breiter Front der Einmarsch beträchtlicher Truppenmengen in die Stadt Moske. Alle westlichen Vororte seien gleichfalls besetzt.

Generalstreik in Oberschlesien.

Oppeln, 15. Jan. Die Bergarbeiter im ober-schlesischen Bezirke haben beschlossen, am 15. Januar in den Generalstreik einzutreten. Die Arbeiter verlangen einen Schichtlohn von 30 Mark und sofortige Beilegung des Grenzstreikes.

Die Forderungen des Verbandes.

Stuttgart, 14. Jan. Ueber die Höhe der feindlichen Schadenersatzforderungen äußerte sich Staatssekretär Erzberger nach einer Konferenz mit den süddeutschen Eisenbahnministern wie folgt: Marshall Foch stellt als einmalige Entschädigung für den Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs den Betrag von 30 Milliarden, für die anderen Schäden die Summe von 20 Milliarden, also insgesamt 50 Milliarden, in Aussicht. Als Sicherheit werden die Alliierten die Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Forsten fordern.

Das Vordringen der Polen.

Posen, 14. Jan. (Eig. Draht- u. Cobl. Bg.) Infolge der Polenherzhaft sind aus der Provinz Posen etwa 45.000 Einwohner geflüchtet. Zum größten Teil befinden sich die Flüchtlinge in Berlin und Oberschlesien.

Eine bolschewistische Armee.

Berlin, 15. Jan. Norwegische Stimmen weisen darauf hin, daß die einzigen Stellen, die in Rußland arbeiten, die Munitionsfabriken sind. Die Bolschewiken rüsten aus aller Kraft, um sich ihre Macht zu erhalten. Sie haben bereits eine Armee von einer Million Mann aufgestellt, und vor Ende März wollen sie sie auf drei Millionen bringen. Die Disziplin wird mit rücksichtsloser Strenge aufrecht erhalten. Verpflegung, Bekleidung und Verpflegung der jungen Truppen ist nach übereinstimmenden Meldungen vorzüglich. Die aus Deutschland zurückkehrenden Kriegsgefangenen werden zwangsweise eingestellt. Mit dieser Armee will Trotski die bolschewistische Idee über ganz Europa verbreiten. Gibt es nach Trotski, dann wird Deutschland wieder, ganz besonders in seinen Grenzprovinzen, wie im dreißigjährigen Krieg der Zummelplatz fremder Kriegsvölker. Es gilt daher, die Augen offen zu halten.

Die Tschechen Slowaken.

Eger, 15. Jan. Die Tschechen haben die bayerische Grenze unmittelbar vor dem bayerischen Gebiet besetzt. Die Posten stehen auf Rußweite voneinander entfernt und zwar längs des böhmisch-bayerischen Grenzgebietes.

Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages ist am 7. Januar im Berliner Rathaus trotz der bestehenden Verkehrs- und sonstiger Schwierigkeiten mit Rücksicht auf eine Reihe wichtiger, der baldigen Erledigung bedürftiger Fragen zu einer Vorstandssitzung zusammengetreten. Es wurde beschlossen, die nachstehende Erklärung der Reichsregierung sowie den Regierungsentwurf der einzelnen Bundesstaaten zu übermitteln:

„Wiederholte Eingriffe in die Verwaltung der Städte machen es dem Vorstande des Deutschen Städtetages zur Pflicht, die zuständigen Regierungsstellen erneut auf die großen Gefahren aufmerksam zu machen, die aus veranlassenden Eingriffen dem Gemeinwohl drohen. Die Aufgaben, die den Stadtverwaltungen heute im Interesse ihrer gesamten Einwohnerzahl obliegen, namentlich auf dem Gebiete der stark gefährdeten Lebensmittel-, Kohlen- und Wohnungsversorgung, sind so wichtig und schwierig, daß ihr ungehindertes Fortarbeiten unbedingt gewährleistet werden muß. Der Vorstand des Deutschen Städtetages richtet deshalb an die Reichsregierung wie an die Regierungen der Einzelstaaten das dringende Gehehen, Eingriffen in die geordnete Verwaltung der Städte vorzubeugen und entgegenzutreten.“

Wegen der Neuordnung des Beamtenrechts sowie der Einrichtung von Beamtenräten und Beamtenausschüssen soll mit den wichtigsten Beamtenverbänden, insbesondere mit dem Zentralverband deutscher Gemeindebeamten und dem Vorstande deutscher Beamtenvereine in Verbindung getreten werden. Den Mitgliedsstädten wird empfohlen, mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuordnung vor der Fassung grundlegender Beschlüsse sich mit der Geschäftsstelle des Städtetages in Verbindung zu setzen. Zur Prüfung dieser wichtigen Frage wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Für die Einstellung von Beamten und Lehrpersonen als Ersatz-Lothringen und anderen gefährdeten Landesteilen sowie von verabschiedeten Offizieren des Heeres und der Marine soll eine Stellenvermittlung bei der Geschäftsstelle des Städtetages eingerichtet und die Mitgliedsstädte gebeten werden, die genannten Personen bei der Vergebung freiverdender Stellen tunlichst zu berücksichtigen.

Der Vorstand ist der Ansicht, daß das ostpreussische Tummelgesetz vom 11. März 1850 sowie die entsprechenden Gesetze der Bundesstaaten auf die im Zusammenhang mit der Revolution entstandenen Schäden keine Anwendung findet und daß deshalb den Mitgliedsstädten zu empfehlen ist, jeden Anspruch auf Erstattung solcher Schäden abzulehnen. Da jedoch die Rechtslage nicht unstrittig ist, soll in einer besonderen Eingabe an den Rat der Volksbeauftragten eine gesetzliche Neuordnung beantragt werden, wonach durch Reichsgesetz die bestehenden einzelstaatlichen Tummelgesetze mit rückwirkender Kraft für nicht anwendbar erklärt werden und das Reich unter möglichst einfacher Regelung des Feststellungsverfahrens die Ersatzpflicht für die entstandenen und noch entstehenden Schäden übernimmt.

Zur Erwerbslosenfürsorge wurde als über-einstimmende Ansicht sämtlicher Vorstandsmitglieder festgestellt, daß durch die gegenwärtige gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge eine Lage geschaffen ist, die zu einem Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens und gleichzeitig zum finanziellen Ruin der einzelnen besonders betroffenen Städte führen muß. Es ist deshalb bei den zuständigen Reichsstellen eine baldige Abänderung der Verordnung vom 13. November 1918 anzufordern. Einer der Hauptfehler ist die Anhebung der Unterstützungssätze an den Ortslohn; es ist durch Reichsregelung in Schicksal einzuführen und zwar nicht nur für die den einzelnen Arbeitern zu gewährenden Hauptunterstützung, sondern auch für die Nebenleistungen an Familienmitglieder. Bei der vorläufigen Zahlung an nicht ortszugehörige Personen ist eine zeitliche Begrenzung der Pflicht zur vorläufigen Zahlung einzuführen. Um verheirateten Arbeitern die Möglichkeiten zu gewähren, außerhalb des Ortes der Erwerbslosenfürsorge nicht besonders hoch bezahlte Arbeit zu übernehmen, ist die Möglichkeit der Gewährung einer Aufzahlung für die am Orte der Erwerbslosenfürsorge zurückbleibende Familie einzuführen. Die Berücksichtigung über den Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Abschluß von Tarifverträgen und Einsetzung eines Schlichtungsausschusses wird vertagt. Es wird ein besonderer Ausschuss eingesetzt, der befähigt ist, mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften zu verhandeln. Die zur Regelung dieser zentralen Verhandlungen wird als vordringend bezeichnet, brütlige Tarifvereinbarungen so-wie noch angängig, zurückzuführen. — Zum Mitgliede des Vorstandes wurde Herr Oberbürgermeister Koch-Rassel gewählt.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Wahlbewegung. Der Deutschen Volkspartei hat sich der hiesige nationalliberale Wahlverein angeschlossen und das Programm dieser Partei zu dem seinigen gemacht.

Wahlbewegung. Auf die heute abend 7 Uhr stattfindende Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei sei hiermit hingewiesen.

Ausübung des Wahlrechts. Bei der großen Anzahl von Wahlberechtigten wird dringend empfohlen, schon von 8 Uhr (neue Zeit) vormittags an nicht gedrängt zum Wahllokal zu eilen, da es sonst nicht möglich sein dürfte, das Abstimmungsgehecht bis 7 Uhr abends zu beenden.

Aus Diez und Umgegend.

Wahlbewegung. Auch der hiesige nationalliberale Wahlverein ist als Ortsgruppe Diez zur Deutschen Volkspartei übergetreten.

Im Interesse einer glatten Abwicklung des Wahlganges am nächsten Sonntag wird den Wahlberechtigten dringend empfohlen, ihr Wahlrecht möglichst schon am Sonntag auszuüben, um einen zu starken Andrang im Wahllokal am Nachmittag zu vermeiden. Wahlzeit ist von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends (deutsche Zeit) ununterbrochen.

Die Zentrumspartei veranstaltete am Mittwoch nachmittags im Hof von Holsand eine Wählerversammlung, die außerordentlich starken Besuch aufwies. Nach einigen einleitenden Worten des Einberufers, Kaufmann Ernst Dinslage, gab der Redner des Abends, Sanitätsrat Dr. Stummeler aus Bad Ems in markanter Darstellung eine Uebersicht des Zentrumsprogramms, dessen Grundzüge er bereits in Ems entwickelt hat. Am Schluß seiner beifällig aufgenommenen Ausführungen gab Dr. Stummeler noch einige Aufklärungen über die technischen Wahlverfahren.

Kirchliche Kundgebung. In ihrer heutigen Sitzung haben die vereinigten kirchlichen Gemeindeverbände der evang. Kirchengemeinde Diez folgende an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu sendende Kundgebung beschlossen: Der Kirchenvorstand und die größere Gemeindevertretung der ev. Gemeinde zu Diez legen in Gegenwart bzw. unter Zustimmung nachstehender Gemeinde, leider nachdrücklichst Verwahrung ein gegen eine solche Trennung von Kirche und Staat durch welche der fernere Bestand der Kirche als Volkskirche gefährdet und deren weitere Tätigkeit zum Besten unseres Volkes ernstlich in Frage gestellt würde. Ebenso erfordern sie, sich mit aller Schärfe gegen jeden Versuch der zeitigen Regierung, den Religionsunter-

richt aus der Schule zu entfernen, und fordern, daß auch der neue deutsche Staat der evangelischen Kirche die Möglichkeit schafft, die Kinder ihrer Glieder im Rahmen der Schule ordnungsmäßig religiös zu unterweisen. Dabei erklären sie, ein öffentliches Erziehungswesen, dessen Mittelpunkt ein religionsloser Moralunterricht sein würde, für ein völlig unzureichendes und die Grundlagen unserer deutschen Kultur zerstörendes Unternehmen. Um auch den nicht zu den kirchlichen Vertretungskörpern gehörenden Mitgliedern der Kirchengemeinde, Männern und Frauen, Gelegenheit zu geben, dieser Kundgebung sich anzuschließen, wird dieselbe in diesen Tagen ihnen unterbreitet werden zur Unterzeichnung.

Die Deutsch-demokratische Partei,

die bereits in mehreren Ortschaften des Kreises ihr Programm dargelegt hat, veranstaltete gestern nachmittag auch in Diez nochmals eine Versammlung, zu der sich die Einwohnererschaft — Damen u. Herren — sehr zahlreich eingefunden hatten. Diese Tatsache als ein günstiges Vorzeichen für das Ergebnis des 19. Januar feiernd, wies der Einberufener, Jean Jung, auf die gewaltige Bedeutung der kommenden Wahlen zur Nationalversammlung hin, die uns den Frieden und eine Verfassung auf demokratischer Grundlage bringen sollte.

Den Hauptvortrag hielt Lehrer Ringhausen, der zunächst betonte, daß die Deutsch-demokratische Partei durchaus nicht diejenige sei mit der ehemaligen Reichspartei, sondern vielmehr die Teile des Volkes umfasse, die nicht nach rechts gehen wollten, da dort das freie Wahlrecht bekämpft worden sei, aber auch nicht nach links, da sie mit dem sozialistischen Wirtschaftsprogramm nicht übereinstimmen. — Wenn man auf die jüngste Vergangenheit zurückblende, so biete sich ein gar trübes und trauriges Bild. Aber verkehrt wäre es zu fragen: wer ist schuld an diesem Zusammenbruch? Denn dadurch werde das Uebel nicht gebessert. Vielmehr müsse man aus dem Vergangenen für die Zukunft lernen und darauf wirken, daß neues Leben aus den Ruinen erblühe. Früher hieß es: das deutsche Volk ist monarchisch bis auf die Knochen. Aber die, die Anspruch haben die letzten Ereignisse nicht recht gegeben: denn wie leicht ist dem Volke die Trennung vom alten System geworden. Und war so leicht deshalb, weil das innere Band schon lange gelockert war: das Gottesglaubentum und die Volkstreue hätten sich nicht zu einander. Diejenige Verfassung trägt die Deutsch-demokratische Partei Rechnung und fordert, daß das künftige Deutschland eine Republik werden soll, daß alle Volksglieder, nicht einzelne Klassen, die Regierung ausmachen sollen. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die für eine sozialistische Revolution mit dem Programm der Vergesellschaftung eintritt, hält die Demokratische Partei am Eigentum fest: denn der Eigentum ist ein wesentlicher Faktor, der nicht aus dem wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen werden darf. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß nicht die Frage doch geprüft werden kann, ob es nicht einige Zweige unseres Wirtschaftssystems gibt, die zur Sozialisierung reif sind. Dann muß jedoch festgestellt werden, ob damit ein besseres Ergebnis erwartet werden kann, ferner, ob wir dem Ausland gegenüber Konkurrenzfähig bleiben können. Auf letzteren Punkt muß besonders hingewiesen werden, z. B. bezüglich des Kohlenuntertages. Denn wenn dieser nicht in allen Ländern eingeführt wird, so sind wir in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt sofort geschlagen. Jedenfalls ist in der gegenwärtigen Zeit nicht der geeignete Augenblick, derartige Experimente zu machen, sondern wir müssen so ökonomisch wie möglich vorgehen, wenn wir draußen wirtschaftlich überhaupt noch etwas bedeuten wollen. Schließlich muß gründlich Bedacht genommen werden dahingehend, daß einzelne nicht kleingewinnende, sondern die Arbeiterkraft soll auch etwas davon haben. Ganz besonders soll dies Programm auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft Anwendung finden. Wir haben z. B. 1200 Fideikommissbesitzer, d. h. solche, die immer im Besitze derselben Familie bleiben und unveräußerlich sind. Sie betragen ein Fünftel des gesamten besessenen deutschen Bodens, zusammen 21 Millionen Hektare. Wenn diese nur zur Hälfte aufgeteilt werden, so ist für 200000 Bauern Platz geschaffen. Andererseits muß dafür gesorgt werden, daß diese Güter nicht dem Großkapitalismus in die Hände fallen, was durch Bodensteuer, Vererbungssteuer usw. erreicht werden kann. Grundsätzlich unterscheidet sich die Deutsch-demokratische Partei von der freikämpferischen durch die Stellungnahme gegenüber der Sozialfrage: denn es ist notwendig, daß der Landwirt durch Pachte geschützt wird. Wie will nun die Deutsch-demokratische Partei die Steuern erheben? Wir haben im neuen Deutschland höhere Steuern zu tragen, wie früher, so für die Kriegsschuld, für die Kriegsanleiheverzinsung, für die Kriegsbekämpfung und Kriegshinterbliebenen. Aber wir werden diese Opfer gern bringen, weil dabei der Grund für sozialer Gerechtigkeit wachet. In erster Linie müssen die bestenden Klassen getroffen werden; die Kriegsgewinne müssen aufs schärfste erfaßt werden, aber Steuern auf Kaffee, Tabak, Bier usw. läßt sich das Volk nicht mehr gefallen. Arbeiter und Angestellte sind besser zu schützen wie früher, sie müssen Einfluß haben auf ihr Arbeitsverhältnis und gegen willkürliche Entlassung geschützt werden. Den unteren Klassen soll die Möglichkeit offen stehen, in höhere Stellen zu gelangen. Das Schulprogramm der Partei ist gekennzeichnet dadurch, daß die Volksschulen als Klassenschulen verschwinden sollen und die Volksschule als Einheitschule auszubauen ist. Man kommt die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Hierzu sage ich ganz klipp und klar: die Deutsch-demokratische Partei verlangt die Trennung von Kirche und Staat — um der Kirche willen, damit die staatlichen Verhältnisse sie nicht hindern ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Wir stellen diese Forderung nicht im dem Sinne, wie Hoffmann es tat: denn dann wäre der Kirche jede Existenzmöglichkeit genommen. Aber wir brauchen die Kirche, vielmehr sogar notwendiger: wie jemals; daher kann die Trennung nur in der vorgesch-

lagen Weise geschehen. Die Kirche muß dabei behalten, was ihr Eigentum ist, und muß zurückbleiben, was der Staat ihr genommen hat. Ferner lehnt die Partei die Aufsicht der Schule durch die Kirche in jeder Form ab; denn die Schule ist selbständig genug, um selbst ihre Verpflichtungen erfüllen zu können. Was den Religionsunterricht anbetrifft, so wird aus der Vorwurf gemacht, daß wir jenen ganz aus der Schule entfernen wollen. Das ist durchaus nicht der Fall: wir wissen ganz gut, daß die Religion in der Schule von solchem Werte ist, daß sie durch Moralunterricht nicht ersetzt werden kann. Aber wir wollen, daß der Religionsunterricht nur den Kindern erteilt wird, deren Eltern es wünschen. Freireligiöse und Dissidenten sollen nicht mehr gezwungen werden, daran teilzunehmen; denn was soll schließlich bei einem Unterricht herkommen, den das Kind gezwungen hinnehmen muß? Bezüglich des Lehrers soll es künftig auch nicht mehr heißen: „Ich habe hier ein Amt und keine Meinung“, sondern es soll nur der Religionsunterricht erteilen, der selbst religiös denkt. Wie ist nun das Verhältnis zu den anderen Parteien? Nachdem Redner die Politik der Unabhängigen abgelehnt hätte, bemerkte er betreffend die Mehrheitssozialisten, daß deren Wirtschaftsprogramm und Stellungnahme für die religionslose Schule nicht die Billigung der Demokraten habe. Vom Zentrum sei zu sagen, daß dessen Verzichtung religiöser Fragen mit „Münchener Sympathie“ erwecken könne. Was von den übrigen rechtsstehenden Parteien trennend wirke, sei der Geist des Dreiklassenwahlrechts, das von ihnen noch in einer Stunde anerkannt werden würde, von dem jedoch keine Partei abjagt. „Wesentlich“ werde später ein Eingang der bürgerlichen Parteien erreicht, aber gegenwärtig seien die Unterschiede noch sehr groß. Redner kam dann zum Schluss mit den Worten: Auch diejenigen, die nicht auf demokratischer Grundlage stehen, müssen zugeben, daß die Grundzüge der Partei auf Wahrheit, Freiheit und Recht bestehen. Wenn es möglich sein wird, diese Grundzüge in die Wirklichkeit umzusetzen, können wir die Zukunft haben, daß Deutschland — wenn auch nicht heute oder morgen — aber doch in Zukunft wieder seinen Platz unter den Völkern der Welt einnehmen wird. (Beifall.)

Bürger Duhn eröffnete sodann für die Notwendigkeit der Umgruppierung der politischen Parteien. Man müsse sich darüber klar sein, daß in ein Volk, das so konservativ zu denken gewohnt war wie das deutsche, eine solche Bewegung der Umwälzung nicht von außen hineingetragen sein könne. Denn niemand sei imstande, ein ganzes Volk zu revolutionisieren, wenn nicht der Rührstock im Volke selber vorhanden war. Die frühere Art der Regierung habe in das Volk eine tiefgehende Unzufriedenheit hineingetragen, habe uns in einen Krieg und in einen verlorenen Krieg hineingetrieben. Man dürfe dabei nicht feige von dem Gedanken zurücktreten, daß man 1914 selbst den Krieg unterläßt habe in dem Glauben, für Deutschlands Güter und seine wirtschaftliche Entwicklung zu kämpfen. Wenn also der Krieg verloren worden sei, so sei das lediglich ein Beweis für die Falschheit der Mittel. Er mache dafür diejenigen verantwortlich, die damals die Leiter unserer Politik gewesen seien, vom obersten bis zum untersten. Man dürfe nicht verlangen, daß ein ganzes Volk sein Blut hergeben solle, ohne selbst mitreden zu dürfen. So ließe die Stellungnahme zum Dreiklassenwahlrecht jedes bessere soziale Verhältnis vermissen. Was uns nun in dieser Stunde, sei Ehrlichkeit gegen uns selbst; man habe es früher häufig an der nötigen Einsicht und Lust fehlen lassen und es nicht immer verstanden, die eigenen Interessen hinter die öffentlichen Interessen zurückzustellen. Wenn z. B. Leute um persönlicher Vorteile willen von heute auf morgen ihre politischen Ansichten ändern sollten sie sich schämen, sich Deutsche zu nennen. Er habe selbst umgelehrt. Freilich gebe das nicht ohne Opfer. Wir wollen Freiheit der wirtschaftlichen und persönlichen Bewegung, Freiheit der Mobilisation zur Durchsetzung berechtigter Interessen, Freiheit gegen jeden Zwang von rechts und links. An rasche Arbeit wollen wir gehen, müssen bauen ein Haus, in dem wir wohnen können; denn das Eintreten hat lang genug gedauert. Wir wollen aber auch freie Unterordnung unter die selbstgewählte Ordnung, das ist im Sinne der demokratischen Politik. — Nach diesen, mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß der Einberufener Jean Jung die Versammlung.

Deutsche Frauen!

Alle Parteien werden um Euch, daß Ihr ihre Kandidaten am Sonntag wählen sollt. Versprechungen werden Euch gemacht, welche die Zukunft der deutschen Frau im nächsten Jahre malen. Laßt Euch nicht blenden von denjenigen, die anders denken als sie handeln! Der Kern ihres Lebens ist der alte, ihre Denkweise ist die alte.

Wenn Ihr ehrlich helfen wollt, die Forderungen der deutschen Frau endlich zu erfüllen, so wählt ausnahmslos die

Deutsche demokratische Partei.

denn die deutsche demokratische Partei tritt für die Forderungen ein, die Euch ganz besonders am Herzen liegen. Gleiches Recht soll Euch zustehen auf allen Gebieten, in der Familie, wie im öffentlichen Leben, in Arbeit und Beruf. Der tüchtigen Frau freie Bahn. Gleiche Lohnung und gleiche Aufstiegs-möglichkeiten bei gleicher Arbeitsleistung in allen Arbeits-zweigen.

Weitgehendster Ausbau der Mutter- und Schwangerschaftsgehe. Stangenmäßige Fürsorge für alle Säuglinge und Kinder soll gesichert und gefördert werden. Unentgeltlich soll die Jugendberziehung sein vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die deutsche demokratische Partei greift nicht in Euren freien Willen bei der religiösen Erziehung Eurer Kinder ein. Sie sucht vor allem durchaus auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht wie bisher unbedingt in die Schule gehört. Euch soll nicht zugemutet werden, Eure Kinder in religionslose Schulen zu schicken. Wir schützen und achten die Freiheit der Religion und der Kirche. Wer von uns sagt, daß wir der Kirche feindlich gesinnt seien, der übersteht die feier-

lichen Erklärungen des Parteivorstandes, daß wir gegen die willkürliche Trennung von Staat und Kirche und für den Religionsunterricht in der Schule sind. Laßt Euch nicht irre-führen durch Verdrängungen solcher Leute, die damit nur die Zwecke ihrer Partei verfolgen und Euch darüber hinwegtäuschen wollen, daß Euer Platz an unserer Seite ist.

Deutsche Frauen, die Stunde ist da, wo Ihr selbst dazu beitragen könnt, daß alle Eure heißen Wünsche der Erfüllung endlich entgegen gehen.

Darum wähle!

Die Deutsche Demokratische Partei Ortsgruppe Ems.

Bürger und Bürgerinnen an Stadt und Land!

Es ist selbstverständlich, daß Ihr einen Vertreter der Sozialdemokratie, die nur in Deutschland undeutsch und international fühlt, und daher von denjenigen anderer Länder tief verachtet wird, nicht wählen dürft.

Wer auch jeden Kandidaten einer anderen Partei durch Ihr oder wählen als den der demokratischen Volkspartei!

Die Demokratie, aus der sich die Sozialdemokratie lang-sam, aber sicher entwickelt hat, ist nie, aber nur höchst unfrei-willig für nationale Ziele, für Stärkung unserer Wehr-macht, für den Schutz deutscher Arbeit durch eine Zollschut-gehegung eingetreten.

Ihr standet die Interessen des internationalen Kapitalis-mus, der Börse, des Freihandels, der Schutz von Juden; An-werbern, Griechen und anderen Fremdvölkern stets näher als das deutsche Volk, die deutsche Landwirtschaft, das deutsche Handwerk, die deutsche Arbeiterschaft!

Religion ist ihr Feind! — also Nebenjahe! Be-denk, daß dadurch, um nur ein von vielen hervorzuheben, unsere Jugend noch mehr als bisher verwaisteten wird. Jetzt haben wir es schon längst gebracht, daß sozialdemokra-tische Lehrer Eure Kinder in der Schule politisch vergiften und den Geschichtsunterricht in antinationalen Sinne er-teilen, also fälschen können!

Ueber Nacht ist die Demokratie von der Monarchie zur Republik übergegangen. Liebe und Treue — auch im Unglück — an das altangestammte, ruhmvolle Kaiser- und Königs-tum, dem das ganze deutsche Volk seine ganze unerschöpfliche Ent-wicklung verdankt, ist ihr fremd. So war der Freikampf, der sich jetzt demokratische Volkspartei nennt, früher, glaubt Ihr, daß er sich künftig wesentlich ändern wird? Höchstens wird er noch roter werden.

Oder was hat Euch gefehlt? Waren die früheren Zustände im deutschen Vaterlande wirklich so unerträglich, um Alles über den Haufen zu werfen und eine für die deutsche Eigenart gar nicht passende Republik zu gründen? Was ver-besserungsbedürftig war, ist stets verbessert und ergänzt worden. Ruhe und Ordnung wie nirgendwo herrschten in unserem Vater-lande. Und wie hatten sich Handel und Wandel unter dem alten Regime entwickelt! Alles stand in höchster Blüte.

Die Erziehung der höchsten Stellen im Reich und im Staate stand Allen offen: das Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ galt schon lange. Beziehe hierfür sind hundertfach zu erbringen. Wer etwas anderes behauptet, tut das wider-bessere Wissen. Unser Kaiser hatte schon lange die wirklich Tüchtigen zu Vorkern des Reiches berufen, er war in dieser Beziehung ein weit und frei denkender Monarch.

Glaubt Ihr deutschen Männer und Frauen, daß es unter einem neuen Kaiser, in dem die Demokratie und ihre Halb-schwärze, die Sozialdemokratie das Szepter schwingen wollen, Euch sehr gehen wird?

Prüft diese Frage gewissenhaft, und laßt Euch nicht mit schönen Redensarten und Schatzwörtern, wie: „Freiheit, Gleichheit, Militarismus, Obrigkeitssaat“ verleiten. Eure alten Ideale über Nacht über Bord zu werfen. Die Frei-heit, welche Euch vorgegaukelt wird, wird zur Füglosigkeit und Zuchtlosigkeit ausarten, der Gleichheit aller Menschen, so schon das Wort an sich auch Klingt, stehen ewige Natunge-lege entgegen, der Militarismus, dem von Trübsalbergern ein unangenehmer Beigeschmack gegeben worden ist, besteht bei allen Völkern, wenn auch manchmal in anderen Formen; es ist absolut nötig, daß die Masse ein gewisser kriegerischer Sinn erhalten und es dadurch vor Verweichlichung bewahrt bleibt, und der Obrigkeitssaat? Wird es nicht stets eine Obrigkeit geben müssen; ob sie Zentrum, Konservativ, Nationalliberal oder demokratisch ist? Ihr seht also, es sind lauter leere Schlagworte, mit denen man Euch fangen will.

Demokratie und Sozialdemokratie geben sich, als wenn nur sie allein, Neues, Besseres bringen wollen. Die meisten der angeblichen Neuerungen sind uralte, nach ihnen haben die anderen Parteien schon lange gestrebt. Unfassende Verteu-erung der Kriegsgewinne, die allerdings bei der gegenwärtigen Notlage der Wirtschaft kaum noch vorhanden sein werden, gerechte Verteilung aller Lasten, weiterer Ausbau der Versicherungs-gehegung stehen ebenso wie noch vieles Andere, auch auf dem Programm der anderen Parteien. Könnte nicht schon früher öffentlich geredet und geschrieben werden, mehr als nötig und gut war?

Es liegt also kein Grund vor, etwa in einem Augenblicke persönlicher Verärgerung seine frühere Überzeugung wie ein altes Hemd zu wechseln. Bleibt bei der Stange, bleibt dem Vaterlande und Euch selbst treu!

Tretet ein für krasse Ruch im Bunde und Beachtung der Weise, schließt Euch eine Obrigkeit, vor der Ihr Ehrfurcht habt, wie es nach guter, alter Vaterlands-ehemals war. Wirt daraufhin, daß eine nationale, deutschvölkische Politik nach innen und außen getrieben wird.

Darum wählt jeden Anderen als einen Demokraten oder Sozialdemokraten. Mehrere Mitsbürger.

Aufruf!

Die Geschichte hat uns recht gegeben!

Der Sozialdemokratische Gedanke ist auf dem Sieges-zug, vorstürmt sind die Hölzer, vorstürmt die Jungen, die uns als „vaterlandslose Gesellen“ zu brandmarken gedachten. Heute erwartet das Vaterland die Rettung von den Staats-geboten, die wir jahaus, jahrein gepredigt haben.

Warum sind unsere Ideen heute siegreich?

Weil unser oberster Grundsatz immer die Gerech-tig-keit gewesen ist.

Gerechtigkeit soll uns auch im neuen Staat leiten. Wir verlangen: Die Sozialisierung der hierzu geeigneten Groß-betriebe. Ihre Millionengewinne müssen dem Staat, der Allgemeinheit und nicht mehr einzelnen Aktionären zu gute kommen. Wir verlangen die Verlegung des Grund-eigentums in Kleinbauerngute. Wir verlangen die Gleichberei-tigung aller Kinder. Die höheren Schulen müssen jedem Kin-

figura
von
langen
höbe
durch
Die
Kodifi
gebund
gegrün
Die
Schicht
Partei
eine
lang
kamp
dies
ser
Bau
wer
von
den,
h
Schied
die
Ihr
1. B
2. B
3. B
4. B
5. B
6. B
7. B
8. B
9. B
10. B
11. B
12. B
13. B
14. B
15. B

Wa
Vo
Volk
Frei
Wal
zett
und
ko
Wal

Angest

heim
mit
den
sin

1. Her
bürg-
schult
bach,
sekretär

Der

Die höheren Schulen müssen jedem Kinde, das zum Schulbesuch bereit ist, kostenlos offenstehen. Wir verlangen die Befreiung aller Beamtenstellen nach dem Maß der Fähigkeiten, ohne Rücksicht auf Herkunft und Konfession. Wir erstreben die Befreiung jedes Borechts durch den Zufall der Geburt.

Gerechtigkeit über alles. Mittbuerer!

Haben Sie bisher obrigkeitliche Bevormundungen, gesellschaftliche Vorurteile und Borurteile aller Art die Hände gebunden, jetzt handelt als freie Bürger nach Ihrer Ueberzeugung.

Am Sonntag habt Ihr zu entscheiden, wer über Euer Schicksal zu bestimmen hat. Was Ihr von den Bürgerlichen Parteien zu erwarten habt, muß Euch klar sein, denn sie alle, ohne Unterschied, haben den Zusammenbruch unseres Vaterlandes auf dem Gewissen. Wir wollen heute keinen Parteienkampf führen; was die Sozialdemokratie früher immer gepredigt und geschrieben hat, mußte einmal kommen, und soll unser Vaterland wieder in gesunde Bahnen geleitet werden, und wir vor Schicksalsschlägen, wie die gegenwärtigen, bewahrt bleiben, so stellt Euch geschlossen hinter die Regierung Eberth-Scheidemann, damit die Sozialdemokratie die Macht bekommt, die ihr gebührt.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind:

1. Philipp Scheidemann, Volksbeauftragter, Berlin-Steglitz.
2. Dr. Max Luand, Schriftsteller, Frankfurt a. M.
3. Georg Thone, Parteisekretär, Kassel.
4. Gustav Doh, Schriftsteller, Hanau a. M.
5. Friedrich Brähne, Schuhmachermeister, Frankfurt a. M.-Süd.
6. Johanna Reich, Frankfurt a. M.
7. Dr. Hugo Sinzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
8. Max Groger, Zirkelr, Frankfurt a. M.
9. Albert Gracinski, Metallarbeiter, Kassel.
10. Theo Ziegler, Ingenieur, Schlütern.
11. Fritz Ehrler, Gewerkschaftsleiter, Frankfurt a. M.-Ebersheim.
12. Philipp Stein, Weibhinder, Dohrstadt.
13. Andreas Weber, Schreier, Griesheim a. M.
14. Bräutigam, Landwirt, Dandau (Walded).
15. Paul Vise, Geschäftsführer, Hersfeld.

Hoch die Sozialdemokratie!

Diez, den 18. Januar 1919.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei für Diez und Umgegend.

Christian Schäfer.

Ämliche Bekanntmachung des Kreisbundes.
Diez, den 16. Januar 1919.

Betr. Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

In dem mit meiner Bekanntmachung vom 7. d. Mts., l. 117, Kreisblatt Nr. 7, veröffentlichten Verzeichnisse der Wahlbezirke sind folgende Änderungen eingetreten: Parafende Nummer 19, Dörnbach, Wahllokal Schule, Parafende Nummer 45, Hageneubogen, Wahllokal 2, Schulsaal.

Der Landrat.

Thon.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignie, Rittmeister.

l. 207.

Diez, den 12. Januar 1919.

Bekanntmachung.

Betr.: Wahlen zur verfassunggebenden
Nationalversammlung.

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 8. d. Mts., Nr. l. 117, Kreisblatt Nr. 7, bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich anstelle des Bürgermeisters Stellvertreters Hasermann den Bürgermeister Weiss zum Wahlvorsteher und den Bürgermeister Stellvertreter Hasermann zum Wahlvorsteher Stellvertreter im Wahlbezirk Zimmerich ernannt habe.

Der Landrat.

Thon.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignie, Rittmeister.

l. 11798.

Diez, den 4. Januar 1919.

Bekanntmachung.

Der Bauunternehmer Wilhelm Reichel von Birlenbach ist an Stelle des verstorbenen Maurermeisters Wilhelm Reichel von Birlenbach zum Mitgliede der Feuerhitzungskommission des 1. Bezirkes, bestehend aus den Gemeinden Altdiez, Moll, Charlottenberg, Diez, Dörnbach, Eppenrod, Seifman, Giershausen, Gießen, Hambach, Heidenbach, Hirschberg, Hockappel, Horkhausen, Melsbach, Ralkofen, Langenscheid, Laurenbach, Ruppenrod und Scheide, widerrechtlich ernannt worden.

Der Landrat.

Thon.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignie, Rittmeister.

Holzversteigerung.

Am Dienstag, den 21. Januar 1919, nachmittags von 1 Uhr ab, werden nachfolgende Hölzer öffentlich meistbietend versteigert:

- a) Distrikt Alledell 47.
32 Nm. Eichen- und Weichholzküppel (Knorrig und Anbruch) und Reiserkuppel.
- b) Distrikt Großer Siebel 32.
30 Nm. Eichen-, Buchen- und Weichholzküppel und Reiserkuppel.
- c) Distrikt Rullsbach 33.
34 Nm. Buchen- und Weichholzküppel; aus Knüppel (Knorrig und Anbruch) und Reiserkuppel.
- d) Distrikt Rullsbach 34.
16 Nm. Eichen- und Weichholzküppel (Knorrig und Anbruch) und Reiserkuppel.

Zusammenkunft im Distrikt Alledell.

Oberlahnstein, den 15. Januar 1919.

Der Landrat.

Deutsche Volkspartei!

Die heute versammelten Mitglieder und Vertrauensmänner des **Nationalliberalen Wahlvereins** für Diez und Umgegend haben den **Eintritt in die Deutsche Volkspartei** einmütig beschlossen. Damit haben wir das Programm der Deutschen Volkspartei zu den **Unsrigen** gemacht. Wir fordern alle unsere alten Wähler und Freunde auf bei der am Sonntag stattfindenden Wahl zur Nationalversammlung für den Wahlvorschlag der **Deutschen Volkspartei** ihre Stimme abzugeben. Unsere Stimmzettel tragen an erster Stelle die Namen hochverdienter Männer, des Dr. Jakob **Riesser** und unseres alten Abgeordneten **Lieber**. **Auf jede einzelne Stimme kommt es an.** Daher darf am Wahltag kein Mann und keine Frau an der Wahlurne fehlen.

Diez, den 16. Januar 1919.

Die Ortsgruppe Diez der Deutschen Volkspartei.

An unsere Wähler in Stadt u. Land

Besorge dir rechtzeitig einen Wahlzettel unserer Partei.

Begib dich am Wahltage (Sonntag, den 19. Januar) rechtzeitig zum Wahllokal, um deine Stimme abzugeben.

Nimm Angehörige und Hausgenossen nach Möglichkeit mit.

Je früher ihr wählt, umso mehr erspart ihr der Partei die Schlepparbeit.

Triff in deinem Haushalte, in deinem Betriebe Vorkehrungen, dass ihr alle rechtzeitig wählen könnt. Denke dabei vor allem auch an deine Angestellten und Dienstboten! Auf jede Stimme kommt es an, bei der heutigen Verhältnisswahl viel mehr als bei der früheren Mehrheitswahl.

Nimm vorsichtshalber einen Ausweis mit, damit du dich in Zweifelsfällen beim Wahlvorsteher legitimieren kannst. Deine Brotkarte genügt.

Sieh dir auf jeden Fall deinen Wahlzettel genau an, ehe du ihn abgibst. Nimm dir am besten den Zettel mit unseren Kandidaten von daheim mit. Streiche keinen Namen und ändere nichts. Deine Stimme kann sonst leicht ungültig werden. Vergleiche die Namen deines Wahlzettels mit der Kandidatenliste der Deutsch-demokratischen Partei, wie sie hier in der Zeitung von uns und durch die amtlichen Bekanntmachungen angegeben sind. Dein Wahlzettel darf nur die Kandidaten unserer Partei enthalten; steht auch nur ein anderer Name darauf, so ist er ungültig.

Lass dir unter keinen Umständen und keinem Vorwande einen andern Wahlzettel aufdrängen!

Sie sind meist gefälscht. Deine Stimme wird dadurch ungültig. Unsere Gegner arbeiten mit allen Mitteln!

Unsere Kandidaten sind:

1. Hermann Luppe, Dr. Bürgermeister, Frankfurt a. M., 2. Erich Koch, Oberbürgermeister, Cassel, 3. Walther Schücking, Professor, Marburg a. L., 4. Anna Schultz, Dr., Frankfurt a. M., 5. Cornelius Trieschmann, Landwirt, Oberellendbach, 6. Wilhelm Breidenstein, Rektor, Wiesbaden, 7. Josef Balzer, Arbeitersekretär, Frankfurt a. M., 8. Fritz Kreuter, Fabrikant, Hanau, 9. Christoph

- Müller, Maurermeister, Cassel, 10. Charlotte Kappes, Oberlehrerin, Marburg a. L., 11. Karl Bechstedt, Postsekretär, Frankfurt a. M., 12. Karl Stein, Pfarrer, Cassel, 13. Friedrich Ziegenmeyer, Kaufmann, Idstein, 14. Arnold Schuster, Landwirt, Cubach b. Weilburg, 15. Paul Winkhaus, San.-Rat, prakt. Arzt, Bad Wildungen.

Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei für Diez und Umgebung.

Verbot des Verkaufs von Schnaps an Militär und Zivilpersonen.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß Gastwirte und Händler entgegen dem ausdrücklichen Verbote Schnaps in Flaschen und in Gläsern an die Besatzungstruppen verkauft haben.

Es wird erneut in Erinnerung gebracht, daß jeglicher Verkauf und Ausschank von Schnaps streng verboten ist. Auch an die Einwohnerschaft darf Schnaps nicht verkauft werden.

Bei dieser Gelegenheit machen wir zur Behebung von Zweifeln darauf aufmerksam, da habends um acht Uhr Wirtschaftsschluß ist, daß also die genehmigte Verlängerung des Verweilens auf der Straße bis neun Uhr abends sich nicht auf den Verkehr in den Wirtschaften bezieht.

Zu widerhandlungen werden künftig streng bestraft.

Bad Ems, den 3. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Diez, den 6. Januar 1919.

Gelesen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Freibank auf dem Schlachthof zu Ems.

Samstag, den 18. Jhs., Verkauf von
Rindfleisch und zwar von 2—3 Uhr nachm. auf die Freibankstätten Nr. 301—425.

Die Schlachthofverwaltung

Möbel!

40 Schlafzimmer sowie einzelne Möbel, 20 Vorbeerbäume und Gartenmöbel zu verkaufen. [521]

Hotel Bella Riva, Bad Ems.

Tel. 214.

Elektrische Klingelanlagen! Wasserleitung! Elektrizität!

Für alle Arten von Reparaturen halte ich mich bestens empfohlen.

Jak. Horst, Diez, Emserstrasse Nr. 6
(Schwiegersonn Hohlwein.)

Büstersteinipfer

gegen hohen Lohn sofort gesucht.

Steinwerke Ruppachthal G. m. b. H.
Ruppach Bahn. [514]

Todes-† Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter und
Großmutter

Frau Karl Sandgrebe Witwe

geb. Hafneger

im 76. Lebensjahre, öfters versehen mit den
heiligen Sterbesakramenten der römisch-katholischen
Kirche in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ems, Fachbach, Darmstadt, 16. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag, 19. Januar,
nachmittags 3¼ Uhr von der Friedhofskapelle
aus statt. — Das Seelenamt für die Verstorbene
findet Montag, den 20. Januar, vorm.
6¼ Uhr in der Pfarrkirche statt. [515]

Die neuen Personalausweisarten

sind auf dem **Passamt**, (obere Schule) Ems, zu haben.

Kellnerfrad

zu kaufen gesucht. Offerte mit
Preis u. U. 400 an die Geschäfts-
stelle der Emser Ztg. [523]

Braves, fleißiges

Hausmädchen

zum 1. Februar gesucht. [520]
In Erfahrung in der Geschäftshalle
d. Blattes.

Dienstmädchen

für sofort gesucht. [521]
Frau Heese, Bella Riva, Ems.

Kirchliche Nachrichten

Diez.
Evangelische Kirche.
Sonntag, 19. Januar, 2. S. n. G.
Morg. 10 Uhr: Hr. Def. Wille mit
Abends 8 Uhr: Hr. Hr. Schwara.
Kantwoche: Hr. Def. Wilhelm.

Aufgeweckter Junge der
Mädchen aus achtbarer Familie
und entsprechender Erziehung
die Photographie
erlernen bei
Julius Goebel, Bad Ems,
Birkenpromenade.

Spenglerlehrling
gesucht. Rudolf Jörn, Ems,
518; Grabenstr. Nr. 8

Auf dem Wege von Bahnh.
straße bis Römerstraße eine
Uhr verloren.

Gegen gute Belohnung abzugeben
in der Geschäftshalle der Emser
Zeitung.

Ems.
Jüdischer Gottesdienst.
Freitag abends 8,50
Samstag morgen 8,00
Samstag nachmittags 4,05
Sonntag abends 4,30

Wir halten die Stellungnahme der Städtischen Finanzkommission, den hart bedrängten Städtischen Arbeitern, Beamten und Angestellten eine einmalige Teuerungszulage nicht gewähren zu können, für nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Deutsch-demokratischen Partei. Wir erwarten daher von unseren Parteimitgliedern, daß sie im Plenum geschlossen für Gewährung dieser Zulage eintreten.

Denjenigen Städtischen Beamten, die wegen der erwähnten Stellungnahme der Städtischen Finanzkommission zur Sozialdemokratie übergetreten sind, danken wir für diesen Entschluß. Leute, die ihre politische Überzeugung, ihr Deutsch-tum und ihre Gesinnung für ein paar Silberlinge verleugnen, kann die Deutsch-demokratische Partei nicht gebrauchen.

Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei, Diez.

J. A.

Jung.

Schrader. [52]

Deutsche Männer und Frauen!

Wählt die Deutsch-demokratische Partei!

Die Namen der Männer und Frauen ihrer Kandidatenliste bürgen Euch für die Durchführung der Parteiziele.

Diese Ziele sind:

Schaffung eines einigen Deutschen Reiches mit republikanischer Staatsform.

Restlose Erfassung der Kriegsgewinne.

Gerechte Verteilung der Kriegslasten.

Verhinderung der Klassenherrschaft von rechts und von links

Religiöse Freiheit.

Gewährung gleicher Bildungsmöglichkeit.

Gleiches Recht für alle, ohne Ansehen der Standesunterschiede und der Person.

Vertretung aller Stände in den gesetzgebenden Körperschaften durch Männer und Frauen aus den eignen Reihen.

Die Deutsch-demokratischen Kandidaten für unsern Wahlbezirk sind:

Bürgermeister **Dr. Luppe** Frankfurt a. M., Oberbürgermeister **Koch** Kassel, Universitätsprofessor **Schücking** Marburg, Fräulein **Dr. Schultz** Frankfurt a. M., Landwirt **Cornelius Trieschmann** Obersellenbach (Kurfürstentum). Rektor **Breidenstein** Wiesbaden, Arbeitersekretär **Balzer** Frankf. a. M., Fabrikant **Kreuter** Hanau, Maurermeister **Christoph Müller** Kassel, Oberlehrer **Kappes** Marburg, Postsekretär **Bechstedt** Frankfurt a. M., Pfarrer **Stein** Kassel, Kaufmann **Ziegenmeyer** Idstein, Landwirt **Schuster** Cubach, Sanitätsrat **Winkhaus** Bad Wildungen.

Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei. Ortsgruppe Diez und Umgebung.

Aufruf der Deutschen Volkspartei

Krieg und Umsturz haben Staatsverfassung und Parteiformen gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer **nationalen und wahrhaft demokratischen Politik**. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der Deutschen Volkspartei zu scharen.

Die **Reichseinheit** ist uns Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll **kulturelle Stammesart** sich frei entfalten können. Wir stellen uns auf den Boden der **Republik**. Wir beharren auf unserem **Recht auf kolonialisatorische Betätigung** und wir verlangen die **Sicherung der Freiheit der Meere** als wesentliche Grundlagen für den Neuaufbau unserer Wirtschaft.

Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen **Wahlrecht nach der Verhältnisswahl für beide Geschlechter**. Wir verlangen völlige Neuordnung des **Auswärtigen Amtes** und unserer **ausländischen Vertretungen**.

Ein **Volksherr**, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufbaut auf den Grundlagen: Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft. Sicherung der **Freiheit für Wort und Schrift** für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der **Gerichte**.

Weiteste **Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage** in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Volle **Gleichberechtigung aller deutschen Bürger** auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

Erhaltung und Kräftigung eines breiten **Mittelstandes** in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand.

Wärmherzige Fürsorge und würdige **Versorgung der Kriegsbeschädigten** und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer.

Wir treten ein für Kräftigung und Wahrung der **freien Bauern** auf eigener Scholle.

Wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen **Landwirtschaft**, für eine großzügige **Siedlungspolitik**; Domänen, Großgrundbesitz, Fideikomisse sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen. Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Möglichkeit für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitgehend zu erleichtern.

Wir verlangen ein **sozialgestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht**, energische Weiterführung der **Sozialpolitik**, insbesondere auch Ausbau der Frauen-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht, die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an dem Grundsatz des **Privateigentums und des Erbrechts**.

Wir halten fest an der **leitenden Stellung des Unternehmers** in seinem Betrieb wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung. **Wir stellen uns in bewussten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen.** Einer Ueberführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit zuzustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Die Verbindung von **Staat und Kirche** darf nicht aufgelöst werden. Wir stellen uns damit in Gegensatz zur deutsch-demokratischen Partei und den Sozialdemokraten. Der **Religionsunterricht** gehört nach wie vor in die Schule. Kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer, die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Fachaufsicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die Fachbildung sollen gehoben werden, die **höheren Lehranstalten ihres Charakters als Ständeschulen entkleidet** und alles **Berechtigungsunwesen** beseitigt werden.

Die gewaltigen **finanziellen Anforderungen**, die an uns herantreten, werden Steuern und wirtschaftliche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Monopole, notwendig machen. Wir verlangen, daß in dem Steuersystem eine **Reichseinkommensteuer** und **Erbsteuern**, **schärfste Erfassung der Kriegsgewinne** und eine **Vermögensabgabe** sich befinden. Die Vermögensabgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden.

Die Umwälzung hat der **Frau die Gleichberechtigung im politischen Leben** gebracht. Dieses Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und zur Ausübung öffentlicher Ämter. Alle privatrechtlichen Härten, die noch zuungunsten der Frau bestehen, müssen aufgehoben werden.

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für **Ruhe und Ordnung** sorgt. Wir verlangen die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Pressfreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der **Mißwirtschaft** und Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die uns mit Hungersnot, Anarchie und Staatsbankrott bedrohen.

Besserstellung der Beamten nach ihren Leistungen.

Wir fordern die **Sicherstellung der Staats- und Kriegaanleihen**, der **Sparcasseneinlagen**, **Bankdepósitos** und der gewährleisteten **Pensions- und Rentenbezüge**.

Wir fordern den alsbaldigen Abbau der bürokratischen Zwangswirtschaft. Wir verlangen die sofortige Ueberführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine **neue Rechtsordnung**; wir verlangen daher die **unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung** als verfassungs- und gesetzgebende Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.

Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daran setzt, **sofort den Frieden** zu erhalten, damit der Neuaufbau des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft schleunigst in Angriff genommen werden kann.

Männer und Frauen wählt Deutsche Volkspartei!

Die untenstehenden Stimmzettel sind auf eine Größe von 9 zu 12 cm auszuschneiden und ohne Unterschrift und ohne jegliches Kennzeichen in den im Wahlraum überreichten Umschlag zu stecken und dort in die Wahlurne zu legen.

Wahlzettel der Deutschen Volkspartei

des Wahlbezirks Hessen-Rhassau für die Deutsche Nationalversammlung.

1. Dr. Jacob Nießer, Berlin-Frankfurt a. M.
2. Amtsgerichtsrat Lieber, Justiziar der Landwirtschaftskammer Wiesbaden.
3. Arbeitersekretär Fritz Geisler, Frankfurt a. M.
4. Stadtverordnetenvorsteher W. F. Kalle, Chemiker, Viebrich.
5. Frau Bassermann, Julie, Mannheim.
6. Ingenieur Christian Panja, Limburg.
7. Stadtverordneter Dr. Herm. Kumpf, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
8. Dr. Heraeus, Hanau.
9. Stadtverordneter Friedrich Behle, Kaufmann und Zeichner, Homburg v. d. G.
10. Schornsteinfegermeister Jean Brand, Frankfurt a. M.
11. Frä. Oberlehrerin Welde, Frankfurt a. M.
12. Kreistierarzt Jürgen Lüders, Dillenburg.
13. Professor Hans Köppe, Marburg.
14. Bibliothekar Wilhelm Hopf, Kassel.
15. Friedrich Wötcher, Schriftsteller, Mengershausen (Waldeck).

Wahlzettel der Deutschen Volkspartei

des Wahlbezirks Hessen-Rhassau für die Deutsche Nationalversammlung.

1. Dr. Jacob Nießer, Berlin-Frankfurt a. M.
2. Amtsgerichtsrat Lieber, Justiziar der Landwirtschaftskammer Wiesbaden.
3. Arbeitersekretär Fritz Geisler, Frankfurt a. M.
4. Stadtverordnetenvorsteher W. F. Kalle, Chemiker, Viebrich.
5. Frau Bassermann, Julie, Mannheim.
6. Ingenieur Christian Panja, Limburg.
7. Stadtverordneter Dr. Herm. Kumpf, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
8. Dr. Heraeus, Hanau.
9. Stadtverordneter Friedrich Behle, Kaufmann und Zeichner, Homburg v. d. G.
10. Schornsteinfegermeister Jean Brand, Frankfurt a. M.
11. Frä. Oberlehrerin Welde, Frankfurt a. M.
12. Kreistierarzt Jürgen Lüders, Dillenburg.
13. Professor Hans Köppe, Marburg.
14. Bibliothekar Wilhelm Hopf, Kassel.
15. Friedrich Wötcher, Schriftsteller, Mengershausen (Waldeck).

Wahlzettel der Deutschen Volkspartei

des Wahlbezirks Hessen-Rhassau für die Deutsche Nationalversammlung.

1. Dr. Jacob Nießer, Berlin-Frankfurt a. M.
2. Amtsgerichtsrat Lieber, Justiziar der Landwirtschaftskammer Wiesbaden.
3. Arbeitersekretär Fritz Geisler, Frankfurt a. M.
4. Stadtverordnetenvorsteher W. F. Kalle, Chemiker, Viebrich.
5. Frau Bassermann, Julie, Mannheim.
6. Ingenieur Christian Panja, Limburg.
7. Stadtverordneter Dr. Herm. Kumpf, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
8. Dr. Heraeus, Hanau.
9. Stadtverordneter Friedrich Behle, Kaufmann und Zeichner, Homburg v. d. G.
10. Schornsteinfegermeister Jean Brand, Frankfurt a. M.
11. Frä. Oberlehrerin Welde, Frankfurt a. M.
12. Kreistierarzt Jürgen Lüders, Dillenburg.
13. Professor Hans Köppe, Marburg.
14. Bibliothekar Wilhelm Hopf, Kassel.
15. Friedrich Wötcher, Schriftsteller, Mengershausen (Waldeck).